

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch,
Heike Sudmann, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/10120

Betr.: Eine bessere ärztliche Versorgung gewährleisten

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung stellte in einem Gutachten für Hamburg signifikante regionale Unterschiede in der ambulanten Behandlung von Volkskrankheiten und Erkrankungen im Kindesalter fest. Die Ergebnisse zeigen einen Zusammenhang mit sozialen regionalen Unterschieden. Damit werden erneut nationale Erkenntnisse bestätigt, dass es eine sozial bedingte unterschiedliche Krankheitslast gibt. Die Bedarfe decken sich zudem nicht mit der Verteilung haus- und kinderärztlichen Praxen in den Hamburger Stadtteilen. So gibt es beispielsweise in Heimfeld und Eißendorf gar keine Kinderärztin und keinen Kinderarzt. Und während in Wilhelmsburg oder Lurup auf 3.000 Kinder eine Kinderärztin/ein Kinderarzt kommt, versorgt in Winterhude eine Kinderärztin/ein Kinderarzt 1.077 Kinder. Auch die älteren Hamburgerinnen und Hamburger sind – je nachdem, wo sie leben – mit Hausärztinnen und Hausärzten unterversorgt.

Die Bedarfsplanung muss daher dringend beraten und verbindlich neu ausgerichtet werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. die Bedarfsplanung konsequent auf Stadtteile mit besonderen sozialen Bedarfen auszurichten, um eine gleichberechtigte Versorgung mit Kinder- und Hausärztinnen und -ärzten in Hamburg zu erreichen;
2. die Landesversorgungskonferenz zur Sektor übergreifenden Versorgung für eine bedarfsorientierte Planung aufzufordern;
3. dafür Sorge zu tragen, dass frei werdende Ärztinnen- und Arztsitze in überversorgten Stadtteilen durch die Kassenärztliche Vereinigung aufgekauft werden, um Ärztinnen und Ärzte in den Stadtteilen mit besonderen sozialen Bedarfen wie Lurup, Wilhelmsburg, Jenfeld, Veddel und anderen anzusiedeln. Dazu sind entsprechend der Möglichkeiten der Selbstverwaltung Anreize zu schaffen;
4. der Bürgerschaft bis Ende 2014 zu berichten.